

Stadtrat der Stadt Weißenfels



Mitteilungen und Anfragen

Name des Stadtrates

Gunter Walther (Bündnis 90/GRÜNE)

eingereicht für die Sitzung des Stadtrates am

19. 03. 2020

Aufnahme eines TOP in den nächsten Stadtrat bzw. nach GeschO. § 2, Abs. 3 spätestens übernächsten Stadtrat mit folgenden Beschlussinhalt:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt:

Die Stadt Weißenfels erklärt sich im Rahmen der internationalen Bewegung "Seebrücke" als "Sicherer Hafen".

Als ein Sicherer Hafen erklärt sich die Stadt Weißenfels dazu bereit, aus Seenot gerettete Menschen direkt und über den Verteilerschlüssel hinaus aufzunehmen und unterzubringen. Das Land wird aufgefordert, sich an den Kosten hierfür zu beteiligen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzung für die Aufnahme dieser Menschen zu schaffen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie Schul- und Berufsausbildung, zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Weißenfels fordert Landes- und Bundesregierung auf, sich für eine nachhaltige, europäische Verantwortungsteilung zum Schutz von Geflüchteten einzusetzen. Weißenfels appelliert außerdem an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik sowie für die Rettung von Menschen im Mittelmeer einzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dieses Anliegen in einem offenen Brief an die Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und alle Handlungen der Stadt Weißenfels als „Sicherer Hafen“ öffentlich bekanntzumachen.

Die Stadt Weißenfels tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei, das die Potsdamer Erklärung unterzeichnet hat. Dieser Beitritt erfolgt trotz des Wissens um die eigene prekäre Haushaltslage, die aber im Vergleich zum Schicksal der übers Meer Geflüchteten in den Hintergrund treten muss.

Begründung:

Die Lage von geflüchteten Menschen auf dem Mittelmeer und in Libyen verschärft sich. 2019 ertranken bereits 1000 Menschen.

Der Verein Seebrücke, der sich insbesondere für in Seenot geratene Geflüchtete einsetzt, ist an viele Kommunen mit der Bitte um Unterstützung herantreten.

Zahlreiche soziale und christliche Organisationen haben ihre Solidarität erklärt. Mehrere deutsche Städte und Gemeinden haben das Bündnis "Städte Sicherer Häfen" gegründet und wollen zusätzlich zu ihren regulären Kontingenten verstärkt Geflüchtete aufnehmen, die aus Seenot gerettet wurden. Zu den Städten des Bündnisses gehören u.a. Berlin, Greifswald, Kiel, Potsdam, Rostock, Weimar, Magdeburg und Rottenburg. Letztere Stadt hat einen CDU Oberbürgermeister.

Den Geretteten soll ein Zufluchtsort, respektive sicherer Hafen geboten werden.

Mit dem Beschluss zum Beitritt zur Städte - Initiative signalisiert die demokratische Mehrheit des Stadtrates der Stadt Weißenfels zugleich seinen Willen sich nicht von den Rechtspopulisten der AfD vereinnahmen zu lassen. Insbesondere sich nicht als Steigbügelhalter eines ausgewiesenen Nazis vom Schlag eines Björn Höcke herzugeben, dessen Einfluss bereits in den Ratssälen des Burgenlandkreis zu spüren ist.

Weißenfels, der Burgenlandkreis und Sachsen Anhalt wird nicht zum Höcke – Land !


Gunter Walther

Bündnis 90/GRÜNE

Weißenfels, der 05. 02. 2020

Anlage:

Presseinfo Bündnis 90/GRÜNE, LINKE und SPD zur Beschlussfassung Weimar

05.12.2019

Weimar ist ein sicherer Hafen und bekommt ein Integrationskonzept

Gemeinsame grün-rot-rote Initiative im Weimarer Stadtrat erfolgreich

Pressemitteilung, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Weimarer Stadtrat, 05.12.2019

Der Weimarer Stadtrat hat gestern mit übergroßer Mehrheit einen Beschluss gefasst, der bewirkt, dass Weimar dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitrifft.

„Unsere Stadt wird über die Pflicht hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen und ihnen Schutz vor Krieg, Gewalt oder Vertreibung bieten, wie es im Antrag heißt“, erklärt Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt, Vorsitzende der Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

„Niemand auf der Welt flieht freiwillig. Menschen tun dies, weil sie keine andere Chance mehr sehen, und begeben sich auf eine lebensgefährliche Reise. Sie riskieren ihr Leben, um ihr Leben zu retten. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, diese aufzunehmen. Ich bin sehr froh darüber, dass der Stadtrat mit diesem Beschluss ein starkes Zeichen dafür setzt, dass in unserer weltoffenen Kulturstadt Geflüchtete willkommen sind. Gleichzeitig richten wir damit einen Appell an Bund und EU, die Grundlinien der Migrationspolitik zu ändern und den Menschen im Mittelmeer zu helfen“, betont die grüne Fraktionsvorsitzende.

Ein Punkt des Beschlusses ist die Erstellung eines Integrationskonzeptes für Weimar. „Ein solches Konzept mit einer Darstellung auch des bestehenden hervorragenden zivilgesellschaftlichen Engagements hat die grüne Fraktion bereits länger eingefordert. Noch vor wenigen Wochen sah die Stadtspitze keinen Bedarf. Offensichtlich ist durch die Gespräche um den 'Sicheren Hafen Weimar' hier ein Umdenken eingetreten. Das begrüßen wir sehr!“ so Bohm-Eisenbrandt.

„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würdigen ausdrücklich, dass sich der Oberbürgermeister sehr bemüht hat, einen Beschlusstext vorzulegen, hinter dem sich nach einigen Gesprächen in den letzten Wochen alle demokratischen Kräfte versammelt haben“, ergänzt Co-Fraktionsvorsitzender Andreas Leps.

„Ohne den im Sommer vorgelegten Antrag `Weimar wird ein Sicherer Hafen` der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und SPD wäre es zu einem solchen Beschluss aber nicht gekommen. Die drei Fraktionen waren kompromissbereit und haben letztlich ihren eigenen Antrag, der in der gestrigen Sitzung eine Mehrheit gefunden hätte, zugunsten eines gemeinsamen Textes mit dem OB zurückgezogen. Wir hoffen nun, dass der OB seine Zusagen hält und den Beschluss entsprechend umsetzt.“